

Diskussionsbeitrag Vol. 2/2016

Forschungsgruppe
Rechtspopulismus



Pia Schellhammer
Irmel Münch-Weinmann
Alrun Schleiff

AfD

in den rheinland-pfälzischen
kommunalen Räten

Diskussionsbeiträge Vol. 2/2016

Pia Schellhammer / Irmel Münch-Weinmann / Alrun Schleiff

AfD in den rheinland-pfälzischen Räten

Dieser Diskussionsbeitrag ist zuerst erschienen in: Fachzeitschrift für Alternative Kommunal Politik AKP
1/2015, S. 26/27.

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell –Keine
Bearbeitung 4.0 International Lizenz.



Der Autor steht für Vorträge und Schulungen zu obigen Themen zur Verfügung. Wenden Sie sich hierzu
bitte an die Heinrich Böll Stiftung – Rheinland-Pfalz e.V.

Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz e.V.

Walpodenstraße 10

55116 Mainz

06131-905260

mainz@boell-rlp.de

Rechtspopulismus entlarven!

Am 25. Mai 2014 haben die Grünen in Rheinland-Pfalz ihr bislang bestes Kommunalwahlergebnis holen können. Aber ein bitterer Wermutstropfen bleibt: Auch der Anteil rechtspopulistischer und extrem rechter Parteien ist gewachsen. Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist aus dem Stand in 20 von 36 Lokalparlamente der Kreise und kreisfreien Städten eingezogen – und dies überwiegend gleich in Fraktionsstärke.

Die AfD weist den Vorwurf des Rechtspopulismus meist weit von sich. Deswegen erfolgt hier eine kurze begriffliche Einordnung: Unter Populismus versteht man nach dem Populismusforscher Cas Mudde die Idee, dass die Gesellschaft in zwei gegensätzliche Gruppen unterteilt werden kann. Der unbescholtenen Bevölkerung wird angeblich von einer „korrupte Elite“ übel mitgespielt.¹

Rechtspopulismus, „Volks-“ und „Altparteien“

Rechtspopulismus ist dabei eine Sonderform: Hier wird ein abgegrenztes Kollektiv über Kategorien wie Kultur, Volk oder Religion hergestellt². Ganze Gruppen von Menschen werden so ausgegrenzt und die Teilhabe an der Gesellschaft nur der selbst definierten „eigenen“ Bevölkerung gestattet. Rechtspopulisten stellen sich als Kämpfer für die Rechte der Bevölkerung dar, die angeblich von den staatlichen Institutionen systematisch ausgehöhlt werden. Im Gegensatz zu eindeutig rechten Parteien wie der NPD hat die AfD dabei jedoch nicht ein stringentes rechtspopulistisches Programm, sondern es werden Themen national aufgeladen, von denen sie sich erhofft im öffentlichen Diskurs punkten zu können. Die AfD inszeniert sich folglich bei Bedarf gerne als die „eigentliche Volkspartei“ und hebt sich von anderen Parteien ab, indem sie diese als „Altparteien“ betitelt.

Weitere Erkenntnisse über die AfD bringt ein Blick auf die handelnden AkteurlInnen sowie auf die Argumentation hinter ihren Forderungen. Viele Funktionäre kommen aus dem konservativen Bürgertum, unter ihnen einige Professoren. Die Partei hat gleichzeitig einen Bewegungskarakter und schafft es regelmäßig, zu Demonstrationen aufzurufen und BürgerInnen auf die Straße zu bekommen. In der AfD finden ebenso Mitglieder der neuen Rechten eine Partei.

AfD-Räte äußern offen ihre rechte Gesinnung...

Schaut man genauer hin, wird klar, dass die AfD auch ein Sammelbecken für radikale LebensschützerInnen, AntifeministInnen, Islam-HasserInnen und AusländerfeindInnen ist. Ein AfD-Stadtrat aus Bad Kreuznach wurde beispielsweise aus dem Rat ausgeschlossen, da er sich selbst als Reichsbürger bezeichnet, der die Existenz der Bundesrepublik Deutschland bestreitet. Mehrere AfD-Kreistagsmitglieder aus dem Rhein-Pfalz-Kreis stellten zum Landesparteitag einen Antrag, der den Islam als Religion verurteilt. Die AfD-Stadträtin aus Zweibrücken referierte bei einer Podiumsdiskussion der extrem rechten österreichischen Partei FPÖ zusammen mit dem gegen Minderheitenschutz hetzenden Autor Akif Pirincci. Dort vertrat sie explizit antifeministische Standpunkte. Mit Dr. Scheil sitzt im Kreistag des Rhein-Pfalz-Kreises zudem ein Historiker, der die Kriegsschuld des nationalsozialistischen Dritten Reiches relativiert und regelmäßig für die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ schreibt.

...und die Öffentlichkeit schläft

¹ Vgl. Karin Priester: „Wesensmerkmale des Populismus“, in: APuZ 5-6/2012, S. 4

² Vgl. Lucius Teidelbaum: „Das rechtspopulistische Potenzial der «Alternative für Deutschland».“
https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/teidelbaum_afd.pdf (Stand 2.12.2014)

Gefährlich daran ist, dass diese Informationen zur Öffentlichkeit nur wenig durchdringen. Vor allem die regionale Presse ist sich selten bewusst, mit wem sie es zu tun hat. So wurde z.B. eine „Homestory“ mit einem AfD-Kreistagsmitglied aus dem Donnersbergkreis veröffentlicht. Ein langer Artikel war mit seiner Selbstdarstellung als fleißigem jungem Studenten gefüllt in dem nebenbei und unkommentiert dessen sozialdarwinistische Grundhaltung zum Ausdruck kam. Die AfD im Trierer Stadtrat bringt Anträge ein, die Schwangerenkonfliktberatung auszubauen und zielt damit eigentlich auf die Abschaffung der Abtreibung ab. Dies wird jedoch von der lokalen Presse nicht aufgegriffen und kritisch hinterfragt.

Lokale Informationen landesweit bündeln

Um dieses Verhalten zu entlarven, hilft es Informationen aus der Kommunalpolitik auf Landesebene zu bündeln, auch mit Hinblick auf bevorstehende Wahlen. Die Kommunalpolitische Vereinigung in Rheinland-Pfalz (Garrp e.V.) und die Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz boten Ende 2014 den grünen Kommunalis auf einem ersten Workshop die Möglichkeit zum Austausch: Wie kann man vor Ort mit der AfD umgehen? Wie tritt sie auf, welche Anträge stellt sie, wie wird argumentiert? Eine Schwierigkeit im Umgang mit der AfD besteht darin, dass sehr genau in den Einzelfällen geschaut werden muss, was hinter deren Anträgen und Forderungen als Argumentation verborgen ist. Entsprechend ist es schwierig eine einheitliche Strategie im Umgang zu entwickeln. Ein Ansatz ist Äußerungen der AfD zu dokumentieren und ihren Rechtspopulismus zu entlarven. Das Interesse am Workshop war groß; ein solcher Austausch soll in Zukunft regelmäßig stattfinden. Außerdem sollen die Workshopergebnisse zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die problematische Ausrichtung der AfD publiziert werden über Pressemitteilungen und eigene Veröffentlichungen.

In einem länderübergreifenden Projekt des Heinrich Böll Stiftungsverbundes ist außerdem geplant eine Studie über die politische Praxis der AfD in den Landtagsparlamenten, in die sie kürzlich eingezogen ist, zu erstellen. In dieser sollen auch die Positionen der AfD bzgl. einschlägiger Themenfelder wie z.B. Genderfragen näher untersucht werden.

Im Umgang mit der AfD ist es unsere Aufgabe für eine offene, gerechte und vielfältige Gesellschaft zu streiten. Deswegen ist es wichtig, auch harmlos daher kommende AfD-Anträge in den Räten, öffentliche Statements und Publikationen der AfD genau zu analysieren und den darin enthaltenen Rechtspopulismus zu entlarven.

Zeigen wir gemeinsam, dass wir uns um den gesellschaftlichen Zusammenhalt kümmern und für eine solidarische Gemeinschaft eintreten, in der Vorurteile und Ausgrenzung keinen Platz haben.